Nitsche, Frank

Von:	Peter Gläser <peter-glaeser@t-online.de>
Gesendet:	Mittwoch, 27. Juni 2018 14:01
An:	Nitsche, Frank
Betreff:	Straßenausbaubeitragssatzung: Abschaffung
Anlagen:	Kreistag Werra-Meissner 2018.pdf; NSGB - Ratsbrief 5_2018 - Lärmaktionsplan.eml; Straßenausbau - Eschwege 1.pdf; Straßenausbau-Eschwege 2.pdf

Sehr geehrter Herr Gemeindedirektor Nitsche, lieber Frank,
wie in der VA-Sitzung mitgeteilt, nunmehr der Antrag zum Thema " Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung".

Resolution des Rates der Gemeinde Rennau an den Niedersächsischen Landtag in Hannover

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Der Landtag beschließt die Streichung der Beitragspflicht für den Ausbau von Gemeindestraßen aus dem Kommunalen Abgabengesetz und ermöglicht die Finanzierung der Gemeindestraßen aus allgemeinen Steuermitteln durch einen gerechten und auskömmlichen kommunalen Finanzausgleich.
Dazu werden im Landeshaushalt aus originären Landesmitteln rund 80 Millionen Euro pro Jahr eingeplant. Diese Summe soll als Ausgleich an die Kommunen gehen, die beim Ausbau ihrer Gemeindestraßen künftig auf die Einnahmen aus den Anliegerbeiträgen verzichten müssen. Damit werden deren Einnahmeausfälle kompensiert.

Begründung:
Gemeindliche Straßen werden nicht nur von Anliegern, sondern auch von der Allgemeinheit in Anspruch genommen. Diese Straßen sind daher Teil der zwingend notwendigen Infrastruktur einer Gemeinde. Für die Beitragserhebung werden allerdings nur die Anlieger herangezogen, ohne weder die tatsächliche Inanspruchnahme der Straße durch die Eigentümer der Grundstücke noch deren persönliche Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen.
Die Erhebung von Straßenbeiträgen wird zunehmend als ungerecht und unsozial empfunden.

Der Steuerzahlerbund, der Interessenverband Haus und Grund und zahlreiche Kommunen Niedersachsens haben Anfang Juni 2018 deshalb vor dem Nds. Landtag in Hannover für die Abschaffung dieser Beiträge demonstriert.
Beigefügt habe ich entsprechende Protokolle aus Hessen mit dem Hinweis, das in Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg diese Satzung abgeschafft wurde und das Land die Kosten trägt. In Bayern, Hessen, Thüringen, Schleswig-Holstein und auch in Niedersachsen sind Initiativen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sehr aktiv.

Ich bitte, diesen gesamten Sachverhalt den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Beigefügt auch der "Lärmaktionsplan" des Umweltministeriums Niedersachsen , der aber in Rennau nicht mehr angewendet werden muss.
Ich bitte, wie vorgeschlagen zu verfahren!